

Während Deutschland seine Gasnetze herausreißt, holt sich der Rest der Welt fossile Energie



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Stand: 28.11.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf der Weltklimakonferenz COP30 in Brasilien

Quelle: Kay Nietfeld/dpa

Die UN-Klimakonferenz in Brasilien endet mit kruden Kompromissen zulasten der EU und Deutschlands. Niemand folgt den selbst ernannten Vorreitern mit ihrer strikten Klimapolitik – dabei gäbe es einen eleganten Ausweg, um das Klimaproblem zu lösen.

Das Ergebnis der UN-Klimakonferenz COP30 in Brasilien verdeutlicht das Scheitern deutscher Klimapolitik (<https://www.wsj.com/articles/worlds-dumbest-energy-policy-11548807424>). Die drei größten CO₂-Verursacher – China, die USA und Indien – verantworten rund die Hälfte der weltweiten Gesamtemissionen, und zusammen mit den BRICS-Staaten und den Ölförderländern des Nahen Ostens liegt ihr Anteil bei rund zwei Dritteln. Allerdings: Keines jener Länder lässt sich darauf ein, seine Emissionen kurzfristig zu drosseln.

Die EU und Deutschland aber haben ihre Klimaziele verschärft, wollen bis 2050 beziehungsweise 2045 netto kein CO₂ mehr erzeugen, während die Staatschefs anderer westlicher Länder wie Kanada, Australien oder Japan trotz offiziell ähnlicher Ziele verkünden, ökonomische Prosperität vor Klimaschutz stellen zu wollen (<https://www.welt.de/debatte/plus690fcfb10580923d0998bb36/un-klimakonferenz-die-duemmste-klimapolitik-der-welt-und-ihre-katastrophalen-folgen.html>), wie es China und die USA als größte Konkurrenten Europas praktizieren.

Das Abschlussdokument der COP30 kommt ihnen entgegen, dennoch sehen sich die EU und Deutschland weiterhin in einer „Vorreiterrolle“ und verteuern weiter ihre Energie.

Einzig bei Aufstockungen von Finanzhilfen des Westens an andere Länder gab es auf der Klimatagung „Fortschritt“: So sieht das Abschlussdokument eine Verdreifachung der „Anpassungsfinanzierung“ auf 120 Milliarden Dollar bis 2035 vor, insgesamt sollen pro Jahr 300 Milliarden Dollar an „Klimahilfen“ an ärmere Staaten fließen, mit Aussicht auf mehr.

Ein von der EU favorisiertes Vorhaben, bis 2040 aus fossilen Brennstoffen auszusteigen, fand hingegen keine Zustimmung der Weltgemeinschaft – kein Wunder, denn aufstrebende Länder setzen auf fossile Energie. Ansonsten bekräftigt die COP30, dass die Staaten ihre Klimaziele einhalten und verschärfen sollen, um ein Überschießen des 1,5-Grad-Ziels zu minimieren. Daran halten sich von den großen Ländern allerdings nur: die EU und Deutschland.

Während Deutschland die Demontage seiner kommunalen Gasnetze plant, gewinnt China den Klima-Poker. Wie konnte es zu dieser Niederlage kommen? Die wichtigsten Gründe:

Realitätsblindheit

„Immer mehr Unternehmen verlagern wegen der hohen Stromkosten und der Verbrennerverbote die Produktion ins Ausland“, analysiert (<https://www.hanswernersinn.de/de/interview-weg-wuerde-d-verarmen-lassen-tonline-18112025>) Ökonom Hans Werner Sinn. „Die Vorgaben der EU erzwingen die Deindustrialisierung. Und leider fließen die meisten Brennstoffe, die wir nicht mehr kaufen, zu unseren Rivalen auf den Weltmärkten, wo dann genauso viel CO₂ in die Luft geblasen wird, wie wir vermeiden.“

Die Worte treffen ins Herz deutscher Klimapolitik, die angesichts horrender Energiepreise und Tausender Job-Verluste in der Industrie pro Monat, eigentlich gescheitert ist, aber mit Vollgas fortgesetzt wird.

Wesentlich die EU und insbesondere Deutschlands Verhandler sorgten auf der Klimakonferenz dafür, den Druck maximal zu erhöhen, indem sie das von Klimaforschern zurückgewiesene, weil unrealistische 1,5-Grad-Ziel ins Pariser Klimaabkommen hievt. Dabei sei das Ziel zum Bumerang geworden, erläutert (<https://drilled.media/news/cop30-glen-peters>) der Klimaforscher Glen Peters vom Centre for International Climate Research (CICERO) in Oslo: Wer aber das Aufgeben des 1,5-Grad-Ziels erwäge, werde als „Klimaskeptiker“ verunglimpft. „Wir müssen dieses Stigma beseitigen und uns auf das konzentrieren, was geschehen muss“, fordert der Experte für Klimaszenarien.



Bundsumweltminister Carsten Schneider in Belem

Quelle: AFP/PABLO PORCIUNCULA

Doch das Gegenteil geschieht: Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) unterstrich die Bedeutung: Das 1,5-Grad-Ziel sei „eine der wichtigsten völkerrechtlichen Grundlagen zur Eindämmung der Klimakrise“, sagte Schneider anlässlich der COP30. Angesichts der gesellschaftlichen Folgen kann man diese Haltung nur noch als vollkommen verantwortungslos werten.

Der Ökonom William Nordhaus von der Yale-University, einziger Nobelpreisträger für Klima-Ökonomie, betont (https://www.ubscenter.uzh.ch/static/76fd846d714fda5aae6804f14ee16b81/UBSCenter_Nobel_Opinions_Nordhaus_Interview.pdf) seit Langem, dass das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels ökonomisch zerstörerisch wäre; selbst das 2-Grad-Ziel kritisiert er als zu teuer. Doch ein Charakteristikum der Klimakonferenzen ist, dass ökonomische Prinzipien dort ausgesetzt sind. Was zählt, sind schön klingende Versprechungen.

Moralisierung statt Klimaschutz

Lange ließen sich Phrasen zur Klimapolitik „kostenlos“ äußern, der Applaus war gesichert. Allmählich werden die Kosten sichtbar – Energiepreise, Abwanderungen, Job-Verluste –, und die Stimmung kippt. Roger Pielke Junior, Klimapolitik-Experte am American Enterprise Institute, formulierte die vielfach bestätigte „Eiserne Regel“ der Klimapolitik: Wenn Umweltziele und Wirtschaftsziele miteinander in Konflikt geraten, gewinnen in politischen Debatten die wirtschaftlichen Ziele. Menschen sind bereit, einen gewissen Preis für Klimaschutz zu zahlen, aber der Preis ist klein.

Klimapolitik nimmt darauf keine Rücksicht. Forsch trat Deutschland der „Powering Past Coal Alliance“ bei, einem Länder-Bündnis, das bis 2040 aus Kohleenergie aussteigen will, obwohl Deutschland gleichzeitig aus der Atomkraft ausstieg, noch dazu in einer Energiekrise – das Königsbeispiel moralisierender, symbolisch aufgeladenen Politik.



COP30-Präsident Andre Correa do Lago (l.) umarmt Umweltministerin Marina Silva nach ihrer Rede auf der Klimakonferenz

Quelle: AFP/PABLO PORCIUNCULA

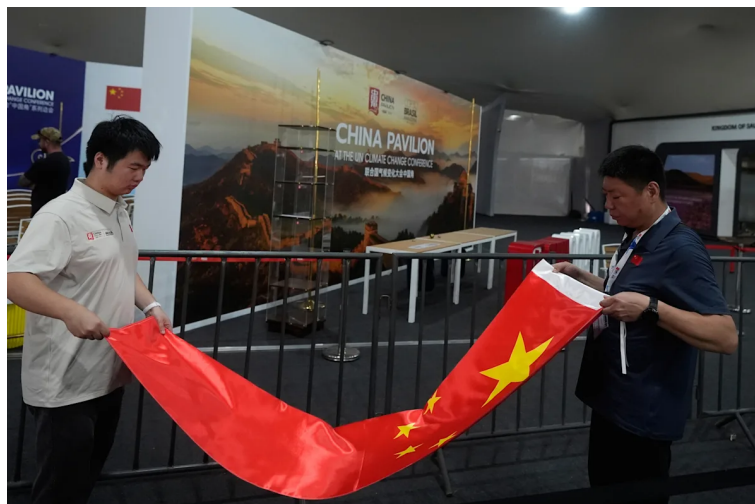
Trotz seiner Wirtschaftskrise gerierten sich die Vertreter Deutschlands auch in Brasilien als Einpeitscher für eine drastische Energiewende. Während das Leitmotiv in den meisten Staaten lautet: „Erst Neues errichten, dann Altes abbauen“, geht Deutschland voran, indem es sein Energiesystem und seine Infrastruktur abreißt, bevor eine funktionierende Alternative zu vertretbaren Kosten vorhanden wäre.

Dabei findet weltweit noch keine Energiewende, sondern Energie-Addition statt: Länder bauen zwar ihre Kapazitäten an Solar- und Windkraft aus, aber fossile Energie noch stärker.

Einseitige Klimaziele

Zwar haben Deutschland und Europa seit 1990 ihre CO₂-Emissionen erheblich reduziert, der Erfolg ist im Verlauf der globalen Emissionen aber nicht erkennbar, die weiter steigen. Dennoch fokussieren Politik und Medien hierzulande auf die sogenannten „Sektorenziele“, die vorschreiben, dass in sämtlichen Gesellschaftsbereichen Deutschlands CO₂-Emissionen drastisch fallen müssen – bestätigt sogar durch das Bundesverfassungsgericht, was Freiheitseinschränkungen in Kürze wahrscheinlich macht (<https://www.welt.de/debatte/plus68e57afb89973cba61e85010/ab-2031-drohen-drastische-freiheitsbeschraenkungen-in-deutschland.html>) .

Dabei kann eine erfolgreiche Energiewende nur in globaler Abstimmung erfolgen. Mit seiner Selbstkasteiung hilft Europa dem Klima nicht: Spart nur Europa Öl, sinken die Ölpreise, mit der Folge, dass weltweit mehr Öl gekauft wird. Deshalb sieht man, obwohl die EU und Deutschland ihre Klimaziele ständig verschärfen, in den CO₂-Daten auch keinen Effekt der Klimaabkommen.



Auf der COP30 in Brasilien drängte Umweltminister Schneider aufstrebende Staaten zur Zustimmung zu einem Fahrplan für den endgültigen Ausstieg aus fossilen Energien, doch wie immer gab es von außerhalb der alten Industrieländer kaum Zusagen. Statt der viel gepriesenen „Vorreiterrolle“, in der sich Deutschland und die EU sehen, nutzt die Konkurrenz ihre Trittbrettfahrer-Rolle mit niedrigen Energiepreisen und komfortablen Standortbedingungen für Industrie.

Vor allem China profitiert von der internationalen Klimapolitik, es instrumentalisiert (<https://www.welt.de/politik/ausland/plus68eddf10a0257c8ba8966cf/hybride-methoden-wie-china-die-klimabewegung-gegen-den-westen-einspannt.html>) sie für seine industriepolitischen Ziele. Mit leichten Zugeständnissen lockt es die EU auf den Klimakonferenzen zu immer strikteren Zusagen. Auf der COP30 forderte China, dass der Westen vor 2040 klimaneutral wird, während es selbst die ökonomischen Vorteile des massiven Ausbaus fossiler Energien ausnutzt.

Lobbys profitieren

Wesentliche Ursache der selbstschädigenden Politik ist der Kreis an Profiteuren. Das Thema „Klima“ wird in der EU und noch mehr in Deutschland politisch bewirtschaftet, weniger zur Lösung des Problems als zur Verteilung von Geld und Einfluss. Konzerne und Branchen wie Erneuerbare, Beratung, Finanzindustrie profitieren von Förderungen und Regulierung. Riesige Verwaltungen und Behörden haben längst ein Eigeninteresse an immer mehr Klimaregeln.

Obwohl Deutschland am europäischen Emissionshandel teilnimmt, mithin hier ungenutzte CO₂-Zertifikate in anderen EU-Ländern verbraten werden, strebt Deutschland noch früheres Klimaneutralität an als der Rest. Dabei sorgt der CO₂-Preis eigentlich für Emissionsverringern, wo es am billigsten wäre. Doch hierzulande spielen die Kosten keine Rolle, weil immer Profiteure bereitstehen. Ökonom Sinn spricht von einer „Revolution von oben“, weil Wohlhabende von den Öko-Subventionen profitieren.

Falsche Erfolge

Gleichwohl erzählten sich die Teilnehmer der COP30 in Brasilien die Geschichte vom Erfolg der UN-Klimakonferenzen: Die Emissionskurve hätte sich wegen des Pariser Klimaabkommens nach unten abgeflacht, jubelte (<https://x.com/simonstiell/status/1987899409158336891>) der Chef des UN-Klimasekretariats.

Ein Irrtum, wie Klimaforscher betonen (<https://rogerpielkejr.substack.com/p/the-paris-delusion>) : Der angebliche „Erfolg“ beruhe lediglich darauf, dass frühere Temperaturszenarien übertrieben pessimistisch waren; sie gingen von einem Kohle-Boom aus, der nie realistisch war (<https://www.welt.de/wissenschaft/plus241959167/Klimawandel-Die-unrealistischen-Horror-Szenarien.html>) . Klimapolitik hat die globale Dekarbonisierung pro Einheit Wirtschaftsleistung nicht beschleunigt, sie verläuft in gleichem Tempo wie vor den UN-Klimakonferenzen.

Problematische Klimahilfen

So bleibt auf den Klimakonferenzen vor allem das Feilschen um Hilfszahlungen. Bei Hilfsfonds ist Deutschland Hauptzahler. Es nährt eine regelrechte Hilfsindustrie, die zunehmend die Frage aufwirft, ob sie sich nicht vor allem selbst hilft. Allein das Entwicklungsministerium fördert mehr als 400 NGOs (<https://www.welt.de/debatte/article68dd33b8841ec4e7do268324/deutschland-gibt-30-milliarden-euro-fuer-entwicklungshilfe-und-will-2-milliarden-euro-fuer-pflegestufe-1-einsparen.html>) . Abertausende haben sich eingerichtet mit den staatlichen Vergütungen – während Kommunen in Deutschland vor der Pleite stehen.

Grundlage der Vermögensumverteilung ist die zweifelhafte Annahme, der Westen hätte mit fossilen Energien die Welt ins Unglück gestürzt. Dabei ist viel eher das Gegenteil zutreffend (<https://www.welt.de/debatte/plus69159b22418baeaaacoea700/klimapolitik-der-mythos-von-der-schuld-des-westens.html>) .

Ignorierter Königsweg

Der Königsweg im Kampf gegen den Klimawandel könnte über Europa führen: Sein Forschungspotenzial, nicht nur in Universitäten und Forschungsinstituten, sondern besonders auch in privaten Unternehmen, spielt der Kontinent aber kaum aus. Gerechter Emissionshandel könnte Unternehmen bessere Anreize für die Entwicklung CO₂-sparender Technik bieten.

Zusammen mit konsequenter Grundlagenforschung ohne staatliche Einschränkungen wäre Europa der Ort, an dem Energietechnik der Zukunft entstünde. Klimapolitik hierzulande aber konzentriert sich derzeit auf Subventionen für Wind, Solar und Elektroautos, dient damit vor allem jener Lobby. Staatliche Mittel sollten besser für die Kommerzialisierung neuer Technologien wie moderner Kernkraft oder Langzeit-Stromspeicher eingesetzt werden.

Ziel müsste sein, saubere unsubventionierte Energie günstig zu machen und nicht ineffiziente Technologien zu stützen. Diese pragmatische „All-of-the-above“-Strategie sollte wirtschaftliches Wachstum und Dekarbonisierung verbinden, so wie es China und die USA seit Langem betreiben.

Hoffnungsschimmer

Einen Fortschritt, der fast untergegangen ist, gab es dennoch auf der Klimakonferenz. Die „Open Coalition“, ein freiwilliges Bündnis von Staaten, zu dem die EU und China gehören, soll die staatlich geregelten Emissionshandelssysteme aufeinander abstimmen. Es könnte ein Schritt zur Lösung des spieltheoretischen Klimaproblems sein, bei der alle großen Staaten mitmachen müssten.

Ein internationaler „Klimaklub“ würde über die EU hinaus ökonomische Anreize zur Meidung von CO₂-Emissionen schaffen. Erst wenn in allen großen Märkten die gleichen CO₂-Regeln gelten würden – und Einnahmen aus dem Emissionshandel an die Bürger zurückfließen –, könnte es gelingen, die Emissionen weltweit zu senken und den Klimawandel zu bremsen. Ansonsten ginge die Erwärmung weiter, selbst wenn Europa gar kein CO₂ mehr emittieren würde.

Axel Bojanowski ist Chefreporter Wissenschaft bei WELT. In seinem Buch „Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber nicht zu fragen wagten“ erzählt er in 53 Geschichten vom Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft.